

gangsposition für den Perspektivplanzeitraum, insbesondere für das Jahr 1971, hat.

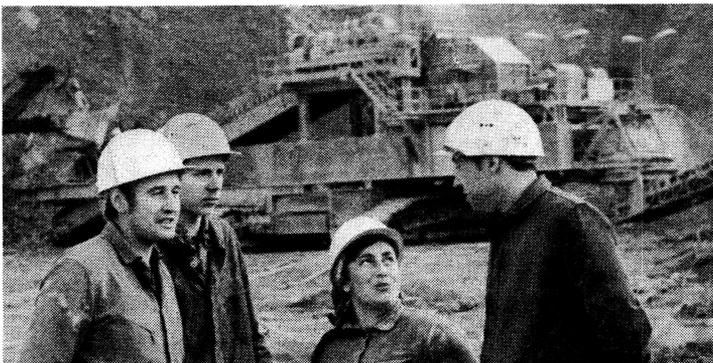
Dieses Ergebnis konnte nicht erreicht werden, ohne daß dabei Konflikte auftraten und politisch-ideologische Auseinandersetzungen geführt werden mußten. Dafür ein Beispiel: Im Bereich der Elektro- und Schlosserbrigade Tagebau ging es um die Realisierung einer Rationalisierungsmaßnahme, die zugleich Bestandteil des Wettbewerbsprogramms dieses Kollektivs war. Es ging um die effektive Gestaltung des Transportes. Das Brigadekollektiv hatte dazu nach eingehender Beratung den Vorschlag gemacht, eine Bandstraße zwischen Abbausohle und Anlage einzubauen, und war bereit, diesen Vorschlag mit eigenen Mitteln zu realisieren. Das Vorhaben sollte in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit mit den Kollegen des produktionsvorbereitenden Bereiches verwirklicht werden. Auch die staatliche Leitung hatte zugestimmt und mit dem Kollektiv eine Realisierungsvereinbarung abgeschlossen. Die Anlage sollte noch 1970 in Betrieb genommen werden.

Niemand bildete sich ein, daß bei der Erarbeitung der Konstruktionsunterlagen und bei der Beschaffung der benötigten Materialien alles glatt und ohne Schwierigkeiten abgehen würde. Als solche Schwierigkeiten aber tatsächlich auftraten, haben einige Leiter nicht etwa den Kampf um ihre Überwindung aufgenommen, sondern versucht, dem Kollektiv klarzumachen, daß der Termin zur Inbetriebnahme dieser Anlage nicht eingehalten werden könne und man sich darauf einrichten müsse, daß sie erst im I. Quartal 1971 fertiggestellt werden kann. Mit dieser subjektivistischen Einstellung der Leiter waren die Werktätigen natürlich nicht einverstanden. In

der Partei- und in der Gewerkschaftsgruppe traten sie entschieden auf und wiesen nach, daß ein Grundmangel in der Leitungstätigkeit darin lag, daß es keine genaue Abgrenzung der Verantwortlichkeit gab und daß daraus dieses Dilemma entstand. Die Genossen ebenso wie die Kollegen dieses sozialistischen Kollektivs forderten mit Recht, daß die staatlichen Leiter exakter arbeiten und daß die Leitung der APO dieses Objekt mit in die Parteikontrolle einbezieht. Der Erfolg dieser Auseinandersetzung spricht für sich. Am 5. Dezember 1970 wurde die neue Anlage in Betrieb genommen, und 18 Arbeitskräfte, Elektroenergie sowie Verschleißmaterial an E-Loks durch Wegfall der Schienentransporte konnten eingespart werden.

*Frage: Welche konkreten Maßnahmen legte die Parteileitung fest, um durch eine straffe Parteikontrolle die Aufgaben, die der Volkswirtschaftsplan 1971 dem Betrieb stellt, zu sichern?*

*Antwort:* Durch regelmäßige Berichterstattung der staatlichen Leiter und der Genossen in der BGL vor der Parteileitung nehmen wir Einfluß auf die politisch-ideologische Führung des sozialistischen Wettbewerbs, auf die sozialistische Gemeinschaftsarbeit und auf die Arbeit in den sozialistischen Brigaden. Bei den Rechenschaftslegungen auf den Vertrauensleutevollversammlungen, in den Ständigen Produktionsberatungen und Gewerkschaftsgruppenversammlungen wird geprüft, wie die Aufgaben, die sich die Kollektive gestellt haben, erfüllt werden. Von unseren Genossen verlangen wir, daß sie im sozialistischen Wettbewerb an der Spitze stehen. Darum schätzen wir in den Parteigruppen und in den Mitgliederversammlungen der APO immer wieder die Aktivität unserer Genossen ein, damit die Werktätigen ihre Wettbewerbspflichtungen erfolgreich erfüllen können.



Große Anstrengungen zur täglichen Planerfüllung machen auch die Werktätigen des Tagebaues im Zementkombinat Rüdersdorf. Unser Bild zeigt den Baggerführer Axel Wieske (I.) im Gespräch mit seinen Kollegen.